

## **Sozialdemokratische Regierung in Frankreich schlug diese Woche einige Pflöcke ein:**

**Jährliche Mindestlohn-Erhöhung von 0,6 % (plus Inflations-Ausgleich). Einige Steuererhöhungen für Banken und Ölkonzerne sind angekündigt. Aber auch ein weiterer drastischer Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst, mit Ausnahme des Schulwesens, von Polizei & Justiz...**

Am Dienstag dieser Woche, den 26. Juni 12 wurde die Position der Regierung zur Mindestlohnpolitik bekannt. Es ist in Frankreich bislang – oder war jedenfalls bis zur Wahl Nicolas Sarkozys im Jahr 2007 - üblich, dass in Wahljahren eine etwas stärkere Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC (**Salaire minimum interprofessionnel de croissance**, „Berufsgruppenübergreifender wachstumsorientierter Mindestlohn“) als in sonstigen Jahren vorgenommen wird.

In der Vergangenheit fielen diese Erhöhungen mitunter „substanziell“ aus: Als der „Sozialist“ François Mitterrand 1981 gewählt wurden, waren es bspw. 10 Prozent, und noch bei der Wahl von Präsident Jacques Chirac (1995) und Premierminister Lionel Jospin (1997) waren es jeweils 4 Prozent<sup>1</sup>. Als erster Präsident, der mit einer ihm zugeneigten Parlamentsmehrheit ausgestattet war, brach Nicolas Sarkozy allerdings mit diesem Brauch: Er erhöhte den SMIC nur um den - vom Arbeitsgesetzbuch her obligatorischen – Inflationsausgleich plus Null komma null. Andere Vorgänger des jetzigen Präsidenten François Hollande oder Premierminister (im Falle unterschiedlicher Mehrheiten im Präsidenten- und Regierungslager) dagegen gaben einen so genannten **coup de pousse**, wörtlich „Daumendruck“. Sie stellten also die Weichen für eine leichte zusätzliche Erhöhung infolge politischer Vorgaben, welche über den erforderlichen Inflationsausgleich hinausging.

Bis vor kurzem wurde der SMIC alljährlich zum 1. Juli erhöht, wobei die Regierung gesetzlich dazu verpflichtet ist, den Mindestlohn wenigstens um den jährlichen Inflationsausgleich (in Höhe des erfolgten Preisanstiegs in den letzten zwölf Monaten) plus um die Hälfte des jährlichen durchschnittlichen Lohnzuwachses anzuheben. Da die Entscheidung dazu also alljährlich Ende Juni erfolgte, war die SMIC-Erhöhung seit 1997 einer der ersten Beschlüsse, den eine neue Regierung im Wahljahr fällen musste. (Denn seit der Parlamentsauflösung und den vorgezogenen Neuwahlen im Frühjahr 1997 fallen die Parlamentswahlen immer in den Juni. Und der Staatspräsident wird jedes Mal im Mai gewählt, seitdem die

---

<sup>1</sup> Und dies ist noch gar nichts: Im Mai 1968, bei der Verhandlungsrunde im Arbeitsministerium in der rue de Grenelle vom 27. Mai 68, schlug eine damals reichlich verängstigte „Arbeitgeber“schaft von sich aus eine Erhöhung des damaligen SMIG (er schrieb sich damals noch mit „g“, für „garantiert“) um 35 % vor. Die CGT-Spitze hatte zuvor am Verhandlungstisch 30 % fordern wollen...

Präsidentenwahlen im Jahr 1974 – infolge des vorzeitigen Ablebens von Amtsinhaber Georges Pompidou im Elysée-Palast – erstmals im April und Mai stattfanden.)

Allerdings findet seit kurzem die Weichenstellung zur jährlichen Mindestlohn-Erhöhung nicht mehr zum 1. Juli, sondern zum 1. Januar statt. Deswegen ist die Entscheidung der jetzigen Regierung zur Mindestlohnpolitik erstmals von der Anhebung des SMIC um den jährlichen Inflationsausgleich, welcher ohnehin obligatorisch ist, entkoppelt.

Seit Tagen und Wochen unterstrich die sozialdemokratisch geführte Regierung nun allerdings, die geplante Anhebung werde *limité* (begrenzt) ausfallen. Nun hatte allerdings auch niemand mit einer wirklich unbegrenzten Erhöhung gerechnet. Auch von *raisonnable*, also einem „vernünftigen“ Charakter der Erhöhung – um den Unternehmen und ihrer „Wettbewerbsfähigkeit“ nicht zu schaden, wie es dazu hieß – war des Öfteren die Rede.

Bereits am vergangenen Freitag, den 22. Juni 12 berichtete die (den „Arbeitergebern“ nahe stehende) Wirtschaftstageszeitung **Les Echos**, die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Juli 12 werde voraussichtlich zwei Prozent betragen. Zudem präzisierte das Blatt, diese 02 Prozent seien „**größtenteils – nämlich zu 1,4 % - ein Vorgriff auf den jährlichen Inflationsausgleich**“, welcher sonst zum 01. Januar 2013 hätte erfolgen müssen (und ungefähr in dieser Höhe ausgefallen wäre) und nun jedoch zum Jahresende geringer ausfallen wird. Vgl. dazu <http://www.lesechos.fr/economie-politique/france/actu/0202131685701-le-gouvernement-devrait-opter-pour-une-hausse-du-smic-limitee-a-2-au-1-er-juillet-336463.php> und [http://www.liberation.fr/economie/2012/06/21/la-hausse-du-smic-c-est-pour-mardi\\_828234](http://www.liberation.fr/economie/2012/06/21/la-hausse-du-smic-c-est-pour-mardi_828234)

Und genau so kam es denn auch. Die reale Mindestlohn-Erhöhung beträgt also 0,6 Prozent, der Rest ist lediglich ein um einige Monate vorgezogener jährlicher Inflationsausgleich. Insgesamt beträgt die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns (für eine Vollzeit-Arbeitsstelle) auf diese Weise 21,50 Euro brutto pro Monat: Der SMIC beträgt derzeit rund 1.430 Euro brutto und etwas unter 1.100 Euro netto monatlich. Das Arbeitsministerium selbst gab übrigens sogar eine noch niedrigere Zahl an, da es pseudo-stolz bekannt gab, für eine/n Mindestlohn-Empfänger/in bedeute der Beschluss „**90 Euro mehr im zweiten Halbjahr 2012**“, das wären mathematisch dann also 15 Euro monatlich...

Die Mindestlohn-Empfänger/innen, die ungefähr 15 Prozent der französischen Lohnabhängigen ausmachen, dürfen sich also keine ernsthaften Zugeständnisse oder gar „Geschenke“ von dieser Regierung erwarten.

## **Gewerkschaftliche Positionen**

Aus Sicht der Gewerkschaften gibt es bereits erste „enttäuschte“ Reaktionen auf die Regierungspolitik; vgl. <http://social.blog.lemonde.fr/2012/06/22/un-parfum-de-desappointement-syndical/> - Auf die Ankündigung zum Mindestlohn reagierten zwei der drei wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände, die „postkommunistische“ CGT und – stärker noch - der häufig demagogisch-schillernd auftretende Dachverband FO (vgl. <http://social.blog.lemonde.fr/2012/06/28/force-ouvriere-entre-quasiment-en-opposition/>), mit Unzufriedenheit und Kritik.

Die Führung der rechtssozialdemokratischen CFDT unter François Chérèque – der sich selbst bereits im Vorfeld gegen eine „überzogene“ Erhöhung des Mindestlohns ausgesprochen hatte – war hingegen zufrieden, und übte jedenfalls keinerlei vernehmbare Kritik. Auf der „Arbeitgeber“seite verhielt sich der zentrale Kapitalverband Medef (ungefähr vergleichbar mit BDI-BDA in Deutschland) negativ.

Hingegen erklärte der Verband der „mittelständischen“ Unternehmen, die CGPME, die Mindestlohn-Erhöhung sei noch im vernünftigen Rahmen geblieben. Wie einem Hintergrundartikel der Wochenzeitung **Le Canard enchaîné** von diesem Mittwoch (27. Juni 12) zu entnehmen ist, hatte sich die CGPME bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahl erkennbar an François Hollande angenähert, während die Spitze des Medef klar und unverkennbar für die Rechte unter Nicolas Sarkozy die Propagandatrommel rührte.

Nun soll allerdings bei einem großen gemeinsamen **„Sozialgipfel“** von Regierung, Gewerkschafts- und Kapitalverbänden am 09. und 10. Juli dieses Jahres eine Reihe von Diskussionen über unterschiedliche sozial- und wirtschaftspolitische Themen unter den so genannten Sozialpartnern eröffnet werden. Labournet wird selbstverständlich darüber berichten.

## **Steuerpolitik**

Unterdessen hegten die Bezieher der höchsten Einkommen ihrerseits gewisse Befürchtungen: Als Wahlkampfcoup hatte François Hollande im Februar 12 angekündigt, auf Privateinkommen ein über eine Million Euro jährlich einen neuen Spitzensteuersatz in Höhe von 75 Prozent (auf die oberste Tranche) anzuwenden. Ob dies nun wirklich in die Realität umgesetzt wird und was daraus genau wird, bleibt in naher Zukunft noch abzuwarten. Im neuen Haushaltsgesetz für das laufende Jahr 2012, das im Juli d.J. vorgelegt wird – in einer gegenüber den Entwürfen der Sarkozy/Fillon-Regierung überarbeiteten Fassung – und das diverse finanzpolitische Beschlüsse enthalten wird, ist die Maßnahme jedenfalls (noch) nicht enthalten. Diese

wurde nun erst einmal auf Herbst 2012 vertagt. Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-eco/2012/06/13/97002-20120613FILWWW00565-la-tranche-a-75-pas-dans-la-loi-cet-ete.php>

Grundsätzlich ist allerdings schon damit zu rechnen, dass (auch) die Besserverdienenden stärker zur Kasse gebeten werden. Denn in diesen Krisenzeiten muss der Staatshaushalt ja irgendwie gegenfinanziert werden – auch die Konservativ-Wirtschaftsliberalen kamen in diesem Kontext 2011 nicht umhin, manche Steuern zu erhöhen. Es ist auch angekündigt, dass die Steuern vor allem für die Besser- und Bestverdienenden im derzeitigen Stadium vorrangig zur Finanzierung der staatlichen Mehrausgaben (Schuldendienst, Krisenlasten, am Rande auch François Hollands Wahlkampfversprechen) herangezogen werden sollen. Es ist zu hoffen, dass es dabei bleibt – und nicht letztendlich deswegen, weil die Bezieher der allerhöchsten Einkommen und die Unternehmen es schaffen, solche Regeln dank guter Anwälte, Anlagen in Steuerparadiesen und zwischenstaatlicher „Steuerkonkurrenz“ zu umschiffen, dann doch vor allem die so genannten „Mittlerständler“ zur Kasse gebeten werden. Dies wäre nicht unbedingt deswegen schlecht, weil es moralisch schockieren müsste, sondern weil es strategisch furchtbar dumm wäre und die Mittelklassen nach rechts zu radikalieren hülfe. Die ersten Ankündigungen vom gestrigen Donnerstag (28.06.12) besagen allerdings, dass im laufenden Jahr 2012 in einem ersten Anlauf vor allem Banken sowie Erdöl-/Mineralöl-Konzerne stärker als bislang zur Kasse gebeten werden sollen. (Vgl. [http://www.lemonde.fr/economie/article/2012/06/27/le-projet-de-budget-prevoit-7-5-milliards-d-euros-de-recettes-supplementaires-en-2012\\_1725512\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2012/06/27/le-projet-de-budget-prevoit-7-5-milliards-d-euros-de-recettes-supplementaires-en-2012_1725512_3234.html)) Dies wäre sicherlich erst einmal in der Tendenz grundsätzlich zu begrüßen. Warten wir ab, wie es weitergeht.

A propos internationale „Steuerkonkurrenz“: Die oberste britische Kanal-Ratte, pardon: der britische Premierminister David Cameron war sich nicht zu schade, diese Woche am Rande des G20-Gipfels im mexikanischen Los Cabos französische Unternehmen dazu aufzufordern, sich der drohenden schrecklichen Steuerlast durch Flucht auf die Insel und Ansiedlung in Großbritannien zu entziehen. Vgl. <http://www.lefigaro.fr/impots/2012/06/19/05003-20120619ARTFIG00521-cameron-ouvre-les-bras-aux-riches-qui-fuient-la-france.php> und <http://lci.tf1.fr/economie/conjoncture/impots-la-bombe-de-cameron-lance-le-debat-en-france-7367069.html> sowie die spätere Relativierung der Äußerung: [http://www.lemonde.fr/economie/article/2012/06/19/cameron-pret-a-accueillir-les-entreprises-qui-fuient-l-impot-en-france\\_1720840\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2012/06/19/cameron-pret-a-accueillir-les-entreprises-qui-fuient-l-impot-en-france_1720840_3234.html)

Mindestens einen Verbündeten unter den Gutverdienenden weist Präsident Hollande in dieser Sache jedoch auf. Der frühere Fußballstar Zinedine Zidane erklärte am vorigen Donnerstag (21. Juni 12), es „**störe (ihn) nicht, Steuern zu zahlen**“; vgl. <http://www.20minutes.fr/sport/football/957975-impots-zinedine-zidane-soutient-taxation-riches-75> oder <http://www.lemonde.fr/sport/article/2012/06/21/zidane->

[soutient-la-taxation-a-75-des-plus-riches\\_1722169\\_3242.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2012/06/28/soutient-la-taxation-a-75-des-plus-riches_1722169_3242.html) Ähnlich äußerte sich am Tag zuvor auch der frühere Tennisprofi und Sänger Yannick Noah.

### **Abbau im öffentlichen Dienst**

Am gestrigen Donnerstag (28.06.12) wurde jedoch ebenfalls bekannt, dass der sozialdemokratische Premierminister Jean-Marc Ayrault den öffentlich Bediensteten einen drastischen Sparkurs verordnet (vgl. [http://actu.orange.fr/politique/train-de-vie-effectifs-et-depenses-en-baisse-l-austerite-selon-ayrault-afp\\_679552.html](http://actu.orange.fr/politique/train-de-vie-effectifs-et-depenses-en-baisse-l-austerite-selon-ayrault-afp_679552.html) )

Zwar soll es bei dem im Wahlkampf getätigten Versprechen bleiben, 60.000 Stellen im öffentlichen Schulwesen wieder einzurichten, nachdem die rechte Vorgängerregierung allein in den fünf Amtsjahren Nicolas Sarkozy über 80.000 vernichtet hatte – und in den Jahren von 2002 bis 2007, unter Jacques Chirac, weitere Zehntausende. Dieses Versprechen kann die jetzige Regierung nicht umgehen, da François Hollande sich mit ihm profiliert hatte: Seine Ankündigung vom 09. September 2011 in dieser Sache war dazu bestimmt, ihm Aufmerksamkeit und den Sieg bei den innerparteilichen Urwahlen (**élections primaires**) über die Präsidentschaftskandidatur vom 09. Und 16. Oktober 11 zu verschaffen. Auch vor diesem Hintergrund war es Hollande gelungen, sich unter den insgesamt sechs Anwärter/inne/n auf die sozialdemokratische Präsidentschaftskandidatur durchzusetzen.

Aber insgesamt soll es keine zusätzlichen öffentlichen Bediensteten geben, in der Gesamtschau aller Sektoren: von Polizei und Gefängniswärtern über Justiz und Lehrer/innen bis hin zum Krankenhauspersonal.

Neben dem Schulwesen werden dabei auch Polizei, Gendarmerie (in Frankreich untersteht Erstere dem Innen-, die Letztgenannte dem Verteidigungsministerium) und Justiz zu „geschützten“ Bereichen erhoben, die von Stellenabbau in den kommenden Jahren nicht betroffen sein sollen. Dies bedeutet jedoch, dass in allen anderen Bereichen des öffentlichen Diensts nun ein umso härterer Kurs des Stellenabbaus eingeschlagen wird – statt, wie unter Nicolas Sarkozy, „nur“ 50 % der (altersbedingten und sonstigen) Abgänge sollen in einigen Bereichen sogar zwei Drittel nicht durch Einstellungen ersetzt werden. Insgesamt sollen in allen Bereichen mit Ausnahme der drei „prioritären“ Sektoren (Schulwesen, Polizei/Gendarmerie, Justiz) im Zeitraum von 2013-2015 nun also 2,5 % abgebaut werden; vgl. dazu <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2012/06/28/20002-20120628ARTFIG00718-les-effectifs-publics-devront-bien-baisser-de-25-par-an.php> - Arbeits- & Sozialminister Michel Sapin will sich jedoch gegen den Vorwurf verwehren, es handele sich um einen „Aderlass“, vgl.

<http://www.lemonde.fr/politique/article/2012/06/29/sapin-recuse-l-idee-d-une-saignee->

[dans-les-effectifs-de-fonctionnaires\\_1726747\\_823448.html](http://dans-les-effectifs-de-fonctionnaires_1726747_823448.html) Ex-Außenminister Alain Juppé, welcher als einer der möglichen künftigen Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der konservativ-wirtschaftliberalen UMP für 2016/17 gilt, kommentierte dazu am heutigen Freitag früh auf *Radio France Inter* hämisch: „**Jene, die mit einer ‚Veränderung jetzt‘ rechneten** (Anm.: *Le changement maintenant*“, so lautete der Hauptslogan von Präsidentschaftskandidat François Hollande im Wahlkampf), **erleben ein ziemlich anderes Erwachen.**“

Artikel von Bernard Schmid vom 29.6.2012